

DGAPanalyse

kompakt

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)
Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.

September 2012 N° 8
ISSN 2191-4869

Das griechisch-deutsche Missverständnis

Auswirkungen der Krise auf das
Deutschland-Bild in Griechenland

von George N. Tzogopoulos



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Das griechisch-deutsche Missverständnis

Auswirkungen der Krise auf das Deutschland-Bild in Griechenland

George N. Tzogopoulos

Die Idee einer griechischen europäischen Identität ist im Zuge der Krise ethnozentrischen Stimmungen und einer wachsenden Abneigung gegenüber allen »Fremden« gewichen. Die Vertreter der EZB, der Europäischen Kommission und des IWF wurden im öffentlichen Diskurs dämonisiert. Doch es ist Deutschland, Europas führende Wirtschaftsmacht, das als das »Andere« ausgemacht wurde, als Synonym für das »Böse« und als Hauptverantwortlicher für das griechische Drama. Drei Hauptkritikpunkte werden genannt: Berlins angeblich verspätetes Handeln Anfang 2010, Deutschlands vermeintliche Unnachgiebigkeit, einen Wachstumsplan zu akzeptieren, der dem bankrotten Land helfen würde, einen Weg aus der Krise zu finden, und Deutschlands mutmaßliche Strategie, sich einer aggressiven Rhetorik gegenüber der Hellenischen Republik zu bedienen, um daraus unmittelbaren politischen Nutzen bei der heimischen Wählerschaft zu ziehen. Ohne Zweifel: Griechenland muss grundlegende wirtschaftliche, politische und soziale Reformen durchführen und dabei akzeptieren, dass diese Reformen in seinem eigenen Interesse liegen. Und Deutschland sollte weiter daran arbeiten, Zeichen des gegenseitigen Respekts zu setzen und glaubwürdig zu demonstrieren, dass es gewillt ist, bestehende Missverständnisse zu klären.

Das griechische Drama, das im Oktober 2009 seinen Anfang nahm, ist eine vielschichtige, facettenreiche Krise, die sich auf ganz verschiedenen Ebenen abspielt – der wirtschaftlichen, der politischen, der sozialen. Daneben hat es sich in erheblichem Ausmaß auf die mediale Debatte und den öffentlichen Diskurs im Lande ausgewirkt. Die Idee einer griechischen europäischen Identität ist ethnozentrischen Stimmungen und einer wachsenden Abneigung gegenüber allen »Fremden« gewichen. Die Vertreter der Europäischen Zentralbank, (EZB), der Europäischen Kommission (EK) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) – die sogenannte Troika – wurden im öffentlichen Diskurs dämonisiert. Doch es ist Deutschland, Europas führende Wirtschaftsmacht, das als das »Andere« ausgemacht wurde, als Synonym für das »Böse« und als Hauptverantwortlicher für das griechische Drama.

Von allen nationalen Krisen der Euro-Zone ist die griechische Krise die einzige, die bis zu einem gewissen Grad durch Feindseligkeiten zwischen zwei ihrer Mitglieder gekennzeichnet war, und das sowohl auf der politischen als auch auf der

gesellschaftlichen Ebene. In Irland, Italien, Portugal und Spanien dagegen führte die Krise nicht zu einem bilateralen Eklat. Natürlich wird Deutschlands Wirtschaftspolitik in diesen Ländern kritisiert, aber das hat nicht die Ausmaße angenommen, wie wir sie in der Hellenischen Republik erleben. Warum hat der Fall Griechenland zu einer Welle der Antipathie gegenüber Berlin geführt? Diese Analyse versucht, diese Frage zu beantworten, indem das Deutschland-Bild in den politischen, medialen und gesellschaftlichen Debatten in Griechenland untersucht wird. Außerdem werden praktische Lösungen vorgeschlagen, die zu einer Verbesserung des Verhältnisses beitragen könnten.

Die Sündenbock-Taktik

Deutschlands Strategie beim Versuch, Lösungen für die europäische Finanzkrise zu finden, lässt sich leicht zusammenfassen. Sparsamkeit, drastische finanzielle Konsolidierung und Einbeziehung des IWF bei Rettungspaketen lauten die Stichworte. Dabei macht man in Berlin keinen Hehl aus seiner Enttäuschung, wenn schwache und undisziplinierte

Länder wie Griechenland daran scheitern, Deutschlands Standards gerecht zu werden. Aus deutscher Sicht mag es bequem sein, die Krise, die die Grundlagen der gemeinsamen Währung erschüttert, der Performance eines einzelnen Staates zuzuschreiben. Indem die Politik auf einem Sühneopfer besteht, hofft sie, weitere radikale Entscheidungen auf die lange Bank schieben zu können, etwa die Einführung von Eurobonds oder eines europäischen Bankenabwicklungssystems, das zu weiterer Integration führen und die Übertragung nationaler Kompetenzen auf die Union erforderlich machen würde.

Natürlich ist in Griechenland eine lebhafte Debatte im Gange, die Deutschland für die Verlängerung der Krise der Eurozone verantwortlich macht. Und natürlich dokumentiert das einen Irrglauben auf Seiten bestimmter Politiker, Journalisten und Wissenschaftler, die das »Memorandum of Understanding« – die im Februar von Griechenland unterzeichnete Absichtserklärung – für erfolglos halten, während sie gern die Tatsache ignorieren, dass die griechische Regierung diese Erklärung nur zum Teil umgesetzt hat.

Ein wirtschaftliches Reformprogramm, wie es Deutschland formuliert und wie es die EU auferlegt hat, kann nicht fair beurteilt werden, wenn es nicht vernünftig angewendet wird. Seit Mai 2010 haben sich die griechischen Regierungsstellen hauptsächlich auf Gehalts- und Rentenkürzungen sowie Steuererhöhungen konzentriert, aber so gut wie keine Fortschritte bei Strukturreformen und Privatisierungen erzielt. Zudem wurden Gesetze, die schon das Parlament passiert hatten, nicht beschlossen, weil es den Politikern am Willen oder an der Fähigkeit mangelt, sich gegen Gewerkschaften oder privilegierte Gruppen durchzusetzen. Mit der Folge, dass die Mehrheit der Griechen jetzt einen hohen Preis zahlt. Sie sind Opfer der einseitigen Antwort der Regierung auf die Krise, die das Land in eine lähmende Rezession geführt hat.

Das entspricht dem traditionellen Modus Operandi griechischer Politiker, persönliche Interessen über die Interessen des Landes zu stellen und die Verantwortung für Fehlschläge und Versäumnisse entweder politischen Gegnern oder äußeren Fak-

toren zuzuschreiben. Mit anderen Worten: Die Sündenbock-Strategie war in Griechenland über Jahre die Lieblingsmethode der politischen Kommunikation, sowohl bei den konservativen als auch bei den sozialistischen Parteien; das half ihnen, ihre eigenen Ziele auf Kosten der griechischen Bevölkerung und künftiger Generationen zu erreichen. Ein bezeichnendes Beispiel dafür aus der Zeit vor der Krise: Als im August 2007 Waldbrände in Griechenland wüteten, schob der Minister für öffentliche Ordnung, Viron Polidoras, das Versagen seiner Regierung an der Aufgabe, Teile des Landes zu retten, den »allgemeinen Windverhältnissen« zu. Ausgerechnet zu dieser Zeit, so argumentierte er, habe der Wind seine Richtung geändert und dadurch die Arbeit der Feuerwehr behindert.

Da sie Routine darin haben, Sündenböcke zu finden, ist es keine Überraschung, dass griechische Politiker seit dem Oktober 2009 eine ähnliche Kommunikationsstrategie angewendet haben. Ihre Taktik war einfach: Sie haben nicht lange gezögert, Deutschland für das langsame Sterben der griechischen Wirtschaft verantwortlich zu machen. Dabei wurde Personifizierung zum Mittel der Wahl, und so waren es die deutsche Kanzlerin Angela Merkel und ihr Finanzminister Wolfgang Schäuble, die den Großteil der Schelte einstecken mussten. Drei Hauptkritikpunkte wurden genannt, und sie sind alle miteinander verbunden. Der erste ist Berlins angeblich verspätetes Handeln Anfang des Jahres 2010, als man Griechenland präventiv unterstützen und sofort die Notwendigkeit eines europäischen Rettungspakets hätte betonen müssen. Der zweite ist Deutschlands vermeintliche Unnachgiebigkeit, einen Wachstumsplan zu akzeptieren, der dem bankrotten Land dabei helfen würde, aus der Rezession herauszukommen. Und der dritte ist Deutschlands mutmaßliche Strategie, sich einer aggressiven Rhetorik gegenüber der Hellenischen Republik zu bedienen, um daraus unmittelbaren politischen Nutzen bei der heimischen Wählerschaft zu ziehen.

Es gibt eine Fülle von Beispielen, die diese Haltung griechischer Politiker gegenüber ihren deutschen Partnern dokumentieren. Ein besonders schlagendes ist eine Formulierung des griechischen Präsidenten Karolos Papoulias vom 15. Februar 2012. Papoulias erklärte mit Blick auf den deutschen

Finanzminister: »Ich kann es nicht hinnehmen, dass mein Land von Herrn Schäuble verunglimpft wird. Ich kann das als Grieche nicht hinnehmen. Wer ist Herr Schäuble, dass er Griechenland beleidigt?« Von der »deutschen Dominanz« sprach der Vorsitzende der rechten LAOS-Partei George Karatzafelis, vom »wirtschaftlichen Chauvinismus von Frau Merkel« der Chef der linken SYRIZA-Partei Alexis Tsipras. Und George Dimaras, ein früheres Mitglied der PASOK und mittlerweile parteiloser Parlamentarier, schrieb am 30. Januar 2012 einen aggressiven Brief an den Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestags Siegfried Kauder. Unter anderem argumentierte er darin, dass »dank Griechenland die Deutschen aus grausamen und unzivilisierten Goten zu einer gesitteten Nation geworden sind.«

Auch andere griechische Politiker appellierten in ihrer Deutschland-Kritik an Stimmungen und Gefühle. Häufig wurde dabei das Thema der Reparationen für den Zweiten Weltkrieg angeführt und argumentiert, Berlin habe es versäumt, seinen entsprechenden finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. In einem BBC-Interview vom 25. Februar 2010 kommentierte Vizepräsident Theodoros Pangalos: »Die (Nazis) haben das griechische Gold gestohlen, das in der Bank von Griechenland lagerte, und sie haben es niemals zurückgegeben.« Sein Fazit: »Ich sage nicht, dass sie das Geld unbedingt zurückzahlen müssen, aber sie müssen sich bedanken. Und sie (die deutsche Regierung) sollten vorsichtig damit sein, sich über Diebstahl zu beklagen, ohne Ross und Reiter zu nennen, wenn es um Geschäfte geht.« Die emotional aufgeladene Botschaft, die Griechenlands politische Eliten aussenden: Die Hellenische Republik wird von einem Land mit einer furchtbaren und unverzeihlichen Vergangenheit in einer Art Labyrinth gefangen gehalten.

Deutschland-Bilder

Die antideutschen Stimmungen beschränkten sich nicht auf die Äußerungen und Interviews griechischer Politiker. Sie wurden zu einem dominierenden Element auch des Mediendiskurses und in der öffentlichen Meinung. Eine Reihe von Journalisten wettete über angebliche Versuche Berlins, die Hel-

lenische Republik zu »besetzen« und eine eigene Einflussphäre im Land zu schaffen.

Ihre Haltung lässt sich auf drei Faktoren zurückführen. Der erste ist die Weigerung, die griechische Krise ernsthaft zu analysieren, was oft dazu führt, dass man in simple und populistische Diskurse verfällt. Der zweite ist die Vorliebe für brisante und leicht verkäufliche Themen, mit denen sich die Aufmerksamkeit des Publikums wecken lässt. Und der dritte ist ihr Beschützerinstinkt, nachdem die Zeitschrift Fokus im Februar 2010 auf seiner Titelseite ein Bild veröffentlicht hatte, das die Aphrodite von Melos dabei zeigt, wie sie um Geld bittet.

Am Kommunikationskrieg zwischen der Hellenischen Republik und Deutschland beteiligten sich die griechischen Medien auch aktiv. Nur ein paar Tage nach der Veröffentlichung des Fokus-Covers antwortete die konservative Tageszeitung Eleftheros, indem sie ein Bild der Göttin Victoria druckte, die ein Hakenkreuz trägt. Nach dem Euro-Gipfel vom 26.-27. Oktober 2010 sah die linksgerichtete Eleftherotypia schon deutsche Panzer nach Griechenland rollen. Das griechisch-deutsche Missverständnis bestimmte den medialen Diskurs bis zu einem solchen Grad symbolisch, dass sogar Sportzeitungen über eine Schlacht zwischen den zwei Ländern berichteten. Anlass war ein Fußballspiel zwischen Olympiakos Piräus und Borussia Dortmund in der Gruppenphase der Champions League. Am 18. Oktober 2011 stachelte das Sportmagazin Gavros die Spieler von Olympiakos Piräus dazu an, »die Deutschen zu treten, um Griechenland zum Lächeln zu bringen und das ökonomische Vierte Reich zu erniedrigen.« Das Titelbild der Ausgabe zeigte Kanzlerin Angela Merkel in einer Nazi-Uniform.

Dieser von politischen Eliten und Journalisten vorgegebenen antideutschen Rhetorik kann sich die öffentliche Meinung in Griechenland kaum entziehen. Aufgrund der verschiedenen Sparrunden, die scheinbar von der deutschen Regierung diktiert wurden, durchlebten Griechenlands Bürger schwere persönliche Krisen. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts VPRC vom Februar 2012 spiegelt ihre Ängste deutlich wider. Danach haben 79 Prozent der Befragten eine negative Ein-

stellung gegenüber Deutschland, 81 Prozent von ihnen sehen Kanzlerin Angela Merkel kritisch. 32,4 Prozent assoziieren das Land mit Hitler, Nationalsozialismus und dem Dritten Reich, und 77 Prozent der Befragten halten die Behauptung für zutreffend, dass Berlin eine Politik der Schaffung eines »Vierten Reichs« verfolge. Als vielleicht logische Konsequenz daraus zögerten manche Griechen nicht, deutsche Fahnen bei Demonstrationsumzügen zu verbrennen.

Wege für eine Wiederannäherung

Die antideutsche Rhetorik, die im politischen, medialen und öffentlichen Diskurs Griechenlands vorherrscht, ist ein Aspekt der griechischen und europäischen Schuldenkrise, der zu denken geben muss. Noch dringlicher wird das Kommunikationsproblem angesichts des gleichzeitigen Aufkommens antigriechischer Gefühle in Deutschland. So hat Berlin Athen einige Male ganz offen angegriffen, etwa im Januar 2012, als Deutschland angeblich den Plan lancierte, einen Budgetkommissar einzusetzen, der die Kontrolle über die griechische Finanzpolitik übernehmen sollte. Zudem sind die Deutschen nicht gerade begeisterte Unterstützer der Rettungspakete, und in den Medien des Landes wurden die Griechen wiederholt als bankrott, korrupt und faul bezeichnet.

Kein Zweifel: Deutschland und Griechenland mangelt es an der Solidarität, die nötig wäre, um zusammenzuarbeiten. Mehr noch: In der gegenwärtigen Situation, die durch Missverständnisse und Feindseligkeiten geprägt ist, drohen sie, ihre historisch gewachsene Freundschaft aufs Spiel zu setzen. Fast scheint es, als steuere die Beziehung zwischen den Ländern allmählich in eine Sackgasse. So lange die griechische Bevölkerung unter Armut, Arbeitslosigkeit und psychologischer Ungewissheit leidet, ist hier kein grundsätzlicher Wandel zu erwarten. Die kommunikative Dimension der griechischen Krise kann, so wichtig sie auch ist, doch nur den Entwicklungen in Wirtschaft, Politik und Sozialem folgen.

Eine funktionierende Kommunikationsstrategie kann allerdings gewiss eine Rolle dabei spielen, die Wiederannäherung zu erleichtern. Hier sollte sich die Aufmerksamkeit auf Deutschland als führender Wirtschaftsmacht in Europa richten. Berlin sollte im Bewusstsein, das »Andere« in Griechenland zu verkörpern, neue Wege erproben, um dieses Etikett loszuwerden. Das könnten regelmäßige Pressekonferenzen sein, aber auch verständliche Pressemitteilungen in deutscher und griechischer Sprache, die Berlins Handeln im Kontext der griechischen Krise erklären. Auf dieser Grundlage hätte die griechische Öffentlichkeit, die derzeit schlecht informiert ist, die Chance, die Wahrheit zu erfahren – und das aus erster Hand. Dabei muss eine intensiviertere Berliner Kommunikationsstrategie nicht unbedingt als eine Einmischung in die griechische Politik betrachtet werden. Sie könnte als Zeichen des gegenseitigen Respekts präsentiert und umgesetzt werden und als ein Versuch, bestehende Missverständnisse zu klären.

Die vielgestaltige Krise, unter der Griechenland leidet, könnte ein Sprungbrett dafür sein, das Land in Richtung Reform zu bewegen. Ein solcher Wandel ist ein ziemlich schmerzhafter Prozess, der schwierige politische Entscheidungen und Opfer erfordert. In diesem Zusammenhang hat der Populismus einen Aufschwung erlebt und ist Teil der Politik geworden. Auf der einen Seite ziehen es griechische Politiker, die über Jahrzehnte in ein System des Klientelismus, des Schuldenmachens und der Verschwendung investiert haben, häufig vor, die Notwendigkeit finanzieller Konsolidierung mit Plänen zu assoziieren, die von außen auferlegt werden – insbesondere von Deutschland –, um die Schuld für die Tragödie von sich wegzuschieben. Andererseits werden die deutschen Politiker nicht müde, ihren Maßnahmenkatalog für die Hellenische Republik als Patentrezept zu preisen und die Verantwortung für die Nicht-Umsetzung auf ihre griechischen Kollegen zu schieben – ungeachtet der Tatsache, dass schnelle Erfolge kaum zu erwarten sind.

Doch die Taktik, sich gegenseitig zum Sündenbock zu machen, kombiniert mit wenig freundschaftlich ausgetragenen Meinungsverschiedenheiten

über die Ursachen des gegenwärtigen Zustands, sind nicht gerade geeignet, zu einer erfreulicheren Zukunftsvision beizutragen. Derzeit mangelt es an einer Politik, die auf Realismus beruht. Es gibt zwei Elemente die nicht fehlen dürfen, wenn sie von Erfolg gekrönt sein soll. Das erste ist der Glaube daran, dass es in Griechenlands eigenem Interesse liegt, seine Wirtschaft zu modernisieren, seine öffentliche Verwaltung neu zu strukturieren und sich zu reformieren – auch wenn Deutschland keinen Druck von außen ausübt. Und das zweite ist die Überzeugung, dass die Hellenische Republik viel mehr Zeit und Geduld benötigt, um die Ziele des Memorandum of Understanding zu erreichen. Ob sich beide Seiten in der Praxis an den Prinzipien der Verantwortlichkeit orientieren, wird sich in den kommenden Monaten zeigen – und die werden entscheidend sein.

Dr. George N. Tzogopoulos ist Bodossaki-Post-Doctoral Fellow bei der Hellenic Foundation for European & Foreign Policy (ELIAMEP) und Redakteur ihrer Webseite. Sein Buch »The Greek Drama in the Media: Stereotyping in the International Press« erschien 2012 bei Ashgate. Sein Buch »US Foreign Policy in the European Media: Framing the Rise and Fall of Neoconservatism« erscheint in Kürze bei I.B.Tauris.

Aus dem Englischen von Joachim Staron.

Der Text erschien im Juni 2012 in: Almut Möller und Roderick Parkes (Hrsg.), Germany as Viewed by Other EU Member States, EPIN Paper No 33, Centre for European Policy Studies, Brüssel.

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Herausgeber:

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin | Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org | www.aussenpolitik.net

© 2012 DGAP